

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

120 JAHRE 1. MAI

"8 Stunden Arbeit - 8 Stunden Muße - 8 Stunden Schlaf", das war damals die Forderung der ArbeiterInnenorganisationen weltweit. In Chicago wurde dafür bereits im Jahr 1867 demonstriert. So beginnt der diesjährige Aufruf der SP-Gewerkschaftsspitzen zum 1. Mai.

Zu den Herausforderungen von heute wird unter anderem festgestellt: „Die ArbeitnehmerInnen haben ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise bereits geleistet!“ Richtig! Und weiter: „Jetzt geht es um konkrete Maßnahmen wie um ein weiteres Konjunkturpaket für ArbeitnehmerInnen - Investitionen in den Pflege- und Betreuungsbereich, um Arbeitsplätze vor allem für Frauen zu schaffen, und in die thermische Sanierung, um Österreichs Klimabilanz zu verbessern, wären das richtige Rezept.“

Wie oft haben wir das schon gehört? So kann die Krise nicht bewältigt werden. Faktum ist, wir arbeitenden Menschen leisten täglich unseren Beitrag zum Funktionieren der Wirtschaft. Als Lohn dafür bekommen wir aber immer mehr Arbeitslosigkeit, Verteuerungen usw. präsentiert. Weil wir schon lange nicht unseren echten Anteil an den von uns geschaffenen Werten erhalten haben, konnten die Unternehmer und die Finanzwirtschaft immer mehr Geld anhäufen und so erst damit spekulieren und so erst alle in den Abgrund reißen. Und diese Taifahrt ist noch lange nicht beendet.

Die Wirtschaft denkt: Angriff ist die beste Verteidigung und nutzt die Angst der Menschen vor der Krise aus. Der Chef der Industriellenvereinigung (IV) Veit Sörger verlangt keck, dass die Industrie noch mehr bekommen müsse,

denn ihre Gewinne seien eingebrochen. Dass sie besonders im letzten Jahrzehnt bei den arbeitenden Menschen absahnte, ist vergessen. Die Beschäftigten hätten schon ihren Anteil durch hohe Lohnerhöhungen erhalten, so der IV-Chef kaltschnäuzig (Kurier, 17.4.10).



Kämpften vor 120 und mehr Jahren die arbeitenden Menschen für den 8-Stundentag, für soziale Absicherung und Vorsorge, so wird das heute alles unter zurückweichendem Hinhalten auch der Gewerkschaften und schon lange von der SPÖ als mitreibender Kraft abgebaut. Die Zukunft der Jugend beginnt mit Arbeitslosigkeit oder Bildungshürden, die Alterspension wird zunehmend zur Altersarmut, die Krankenversicherung ausgehöhlt und ausgehöhlt, Pflege unmenschlich und unbezahlbar. Die Arbeitszeit wird unter tatkräftiger Mithilfe von Ex-ÖGB-Chef und Sozialminister Hundstorfer hin zum 10-Stundentag und zu immer weniger Überstundenzahlungen ausgedehnt. Zudem machen sich Teilzeit, Leiharbeit, weniger abgesicherte und schlechtest bezahlte geringfügige und prekäre Arbeitsverhältnisse rasant breit. Die Arbeitslosigkeit steigt ebenso schnell – und liegt derzeit bei 400.000 offiziellen und

bei rund 600.000 inoffiziellen Beschäftigungslosen.

Vielleicht glaubte man seitens der SP-Gewerkschaftsspitzen mit dem Hinweis auf die Forderung aus dem Jahr 1867 **"8 Stunden Arbeit - 8 Stunden Muße - 8 Stunden Schlaf"** besonders traditionsbewusst zu sein. In Wirklichkeit arbeiten heute schon wieder viele mehr als 8 Stunden. Das zeigt das ganze Ausmaß des Versagens, das sich jetzt die Rechten durch „Soziale-Heimat“-Demagogie zunutze machen wollen:

Die Menschen sind – wenn auch auf andere Art und Weise (z.B. nicht mehr Staublunge, sondern burn-out) mehr denn je, statt weniger wie zum Antritt der Sozialdemokratie – wiederum der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Gewerkschaften und Arbeiterpartei, die früher den Unternehmern noch das Fürchten lernten, werden heute von den Unternehmern permanent über den Tisch gezogen: weil sie sich eben immer wieder mit den Unternehmervertretern an einen Tisch setzen, statt aufzustehen. Weil sie verhandeln statt handeln. Weil sie wirklich glauben, dass die Unternehmer paktfähig und „vernünftig“ sein müssten. Doch für die Unternehmer gilt nur eine Vernunft: ihre Interessen!

Unternehmer können nicht für die Allgemeinheit denken. Dasschmälerlert ihren Profit. Hingegen wir, die arbeitenden Menschen haben nur einen Gewinn, wenn wir für die Allgemeinheit denken: dann wird es billiger, sicherer, lebenswerter, familien- und kinderfreundlicher, usw., kurzum solidarischer für uns. Dann kommen wir von einer Profitzu einer Non-Profit-Gesellschaft, wo mit dem Einkommen ein Auskommen möglich ist, wo das Tun wieder Sinn stiftend wird, und nicht

auf Profit sondern auf „Gehalt“ gedacht, gehandelt, ge- und bearbeitet wird.

Das heißt, es kann in der Profitgesellschaft keine wirkliche Sozialpartnerschaft geben, weil der eine Teil vorn vornherein bei Selbstaufgabe nicht sozial denken kann. Dass es in der Unternehmerwirtschaft zu einer „Fairteilung“ kommt, ist ein frommer Wunsch, nur Umverteilung von oben nach unten kann faire Verhältnisse herstellen. Das Kapital steht dem bis zu seiner letzten Stunde entgegen. Auch der gerne zitierte „gute alte Patriarch“, der noch vorausschauend dachte, wollte langfristig Profit machen, aber er wollte Profit machen. Und das wollen die Manager und Unternehmer heute auch, nur schneller. Die Frage kann also nicht sein, wollen wir uns schneller oder langsamer ausbeuten lassen, sondern doch nur: wir wollen uns gar nicht ausbeuten lassen.

Und wir sollen es auch nicht zulassen. Denn wie sich jetzt zeigt, führt die Ausbeutung zur Armut der Vielen und zum Reichtum der Wenigen, der ihnen all die Auswüchse zulässt bis hin zu Spekulationsblase, Finanzcrash und allgemeinen Krise, die wiederum vor allem die Masse trifft.

In der Unternehmerwirtschaft

muss auf Teufel komm heraus und auf Gedeih und Verderb Profit gemacht werden, will man „im Geschäft“ bleiben. Vor allem die kleinen und kleinsten Unternehmer, werden von der Geißel der Profitkonkurrenz erst befreit sein, wenn die arbeitenden Menschen die Profitwirtschaft nicht mehr aushalten wollen oder können und sie beseitigen.

Das Motiv des Wirtschaftens muss ein anderes werden: nicht der Profit, sondern was die Notwendigkeiten, Wünsche, Ideen und Vorstellungen der Menschen selbst sind, sollen die Beweggründe, die treibende Kraft des menschlichen Tätigseins bilden.

Das ist der Unterschied zu früher. Da wussten Gewerkschafts- und SP-Parteivertreter noch wo sie hingehörten, wessen Interessen sie wahrzunehmen hatten, für welche Perspektive und Zukunft sie sich einsetzten und wollten das auch. Heute wissen sie es oft gar nicht mehr und wenn, wollen sie es nicht mehr. Heute sind sie durch Gehalt und Gehabe, durch Posten und Eingebundtheit als „tragende Säule“ im Unternehmersystem weit abgehoben, bequem und satt geworden, nicht mehr von den Grauslichkeiten selbst betroffen. Das macht blind und gefühllos.

Die Unternehmenseite hingegen

hat nie vergessen wo sie steht. Die Aussagen von Industrie-Chef Veit Sorger, Wirtschaftskammer-Chef Leitl und Konsorten beweisen es: BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen sind Ihnen nur „gut“, wenn sie die Unternehmerpolitik flankieren und diese als doch „sozial“ den Arbeitenden, Arbeitslosen, Pensionisten, Schülern und Studenten gegenüber verkaufen.

Wer einmal schon z. B. bei diversen Firmenfeiern gehört hat, wie Abteilungsleiter, Chefs oder Konzernherrn sich untereinander unterhalten – manchmal dringen solche Unterhaltungen ja auch in die Medien – mit welcher Herablassung, mit welchem Spott und gar Hass sie da „ihre“ in Sonntagsreden so "hochgeschätzten" MitarbeiterInnen bedenken, der sollte erkennen, dass er mit diesen „ehrenwerten Stützen der Gesellschaft“ nichts, aber schon gar nichts gemeinsam hat, sich also auch keine Hoffnungen auf nachhaltige Zugeständnisse irgend einer Art zu machen braucht!

Wir brauchen nicht ihren Hass, wir brauchen unsere Klarheit und Entschlossenheit. Selbständig und gemeinsam von unten sind wir stark. Widerstand ist unsere Chance, Solidarität unsere Stärke. Es lebe der 1. Mai!

ZUR BUNDESPRÄSIDENTENWAHL HEIFISCH AM ZIEL

Bundespräsident Heinz Fischer hat bei seiner Wiederwahl fast 80% erhalten. Das hat ihn und Kanzler Faymann sehr gefreut. Uns hat noch mehr gefreut, dass Nazi-Faschistin und Klerikal-Faschist abgestürzt sind. Doch kann uns das beruhigen?

Die Hälfte der WählerInnen ist der Wahl fern geblieben. Und auch diese Wahl, war eine Wahl. Ebenso, dass 7 % der WählerInnen, die hingingen, ungültig wählten. Das ist unserer Meinung nach der Ausdruck dafür, dass die Menschen diese Art von „Vertretung“ ablehnen. Mehr als 50% wenden sich von diesem Politspektakel angewidert ab. Weder wollen sie die offenen Rechten und Christ-Fundamentalisten, noch ein Staatsoberhaupt, das in letzter Instanz innenpolitisch der SPÖVP-Koalition in ihrer Politik der Abwälzung der durch die Profitwirtschaft verursachten Krisenlasten auf die breite Masse der Bevölkerung die Mauer macht und außenpolitisch aktivst dazu beiträgt, dass

Österreich noch mehr in die EU-Globalpolitik, d.h. in internationale Konflikt- und Krisenherde hinein gezogen wird (siehe dazu eigenen Beitrag zur gerade debattierten neuen österr. Sicherheitsdoktrin).

Hatte Heinz Fischer noch vor 6 Jahren die BP-Wahl mit dem Thema „Neutralität“ gegen Ferrero-Waldner, der ausdrücklichen EU- und NATO-Anhängerin, gewonnen, hat er diesmal das Thema Neutralität nicht einmal mehr erwähnt. Aus Sicht der Herrschenden, deren oberster politischer Vertreter – ja auch Oberbefehlshaber des Bundesheeres – er ist – ja logisch: wird doch Österreich immer mehr in die EU-Euro-Armee eingebunden.



Für die arbeitenden Menschen aber ist das gefährlich: Nicht nur, dass sie für die Krise der Wirtschaft zahlen sollen, soll immer mehr Geld in Rüstung und

internationale Militäreinsätze gesteckt werden. Nicht um Frieden zu schaffen, sondern für die heimischen Herrschenden (und das sind in Österreich immer mehr ausländische Konzerne), die jeweils größeren "Brüder" (Österreich für Deutschland, Deutschland (noch) für die USA) Rohstoffe und Einflusssphären zu sichern.

Österreich wird damit zum Handlanger und erst recht zur Zielscheibe. Was wiederum dann zum Vorwand genommen wird, entsprechende Anti-Terror-Gesetze zu verabschieden. Das aber bedeutet, sich von Grundfreiheiten der Demokra-

tie im Namen des Schutzes der Demokratie zu verabschieden (siehe eigenen Artikel zum geplanten Anti-Terror-Gesetz). Hat man dazu vom alten und nunmehr neuen Bundespräsidenten je etwas gehört?

Dass Rosenkranz mit dem Beiwagerl Österreich für Deutschland in der EU kein Problem hat, hat man gesehen. Ein bisschen gegen die EU, aber vor allem für Aufhebung des Nazi-Verbotsgesetzes und für Deutschland. Dabei durfte sie für Strache dazu da sein, dass sich der Herr H.C. als Saubermann für die kommende Wiener Wahl herauszuputzen versuchte. Die böse

Nazi sei die Rosenkranz, er sei ja gegen ihre Kandidatur und ihre Aussagen gewesen, er sei ja für die Kleinen, der Verteidiger des christlichen Abendlandes und der Heimat und übrigens hätte Rosenkranz ja die von ihm vorgegebenen 35% nicht erreicht.

Was wir hier erlebt haben war das Wegschauen Fischers von der braunen Suppe und der öffentliche Versuch Straches mittels Rosenkranz für künftige Wahlen ohne Flecken aus der braunen Suppe heraus zu steigen, das heißt ein Rechter zu bleiben und noch stärker zu werden, ohne es zu sagen.

NACH ÖVP-GRAZ AUCH IM SPÖ-WIEN

IMMER MEHR LAW AND ORDER

Wiener Sicherheitsgesetz. Heute gegen Bettler - morgen gegen Gewerkschaften, Betriebsräte und protestierende Menschen?

Das Wiener Sicherheitsgesetz sieht unter anderem vor, dass "organisiertes Betteln" verboten wird und auch die Polizei dagegen vorgehen kann. ÖVP und FPÖ jubeln.

Nun, jedem Normalsterblichen sind bettelnde Menschen irgendetwas unangenehm. Weil es menschenunwürdig ist. Weil man nicht weiß, wie man damit umgehen soll. Viele genießen sich, viele sind betroffen. Kann es einem vielleicht auch einmal treffen in diesen Zeiten? Wer weiß: Scheidung, Arbeitsplatzverlust, schwere Krankheit, Wohnungsverlust, Obdachlos, auf der Straße. Und wenn aggressiv gebettelt wird, ist das doppelt unangenehm und lästig. Verständlich. Wohlhabende, die nicht zu Fuß oder mit den Öffis unterwegs sind oder in Stadtvierteln wohnen, wo es keine Armut gibt, die brauchen sich mit diesem Problem nicht zu beschäftigen. Dafür beschäftigen sie sich mit unsereins, nämlich wie man uns von der Aussackelei durch die Reichen ablenken kann. Wie? Unter anderem durch ein Bettelverbot.

Bettelverbot? Die schwerreichen Konzerne und Banken betteln tagtäglich. Verzeihung nein, sie werden vorstellig: bei der Regierung. Und die gewährt diesen "vornehmen", weil möglichst hinter verschlossenen Tü-

ren abgewickelten, durchaus mit Nachdruck durchgeführten "Bittgängen", Milliarden an Euro als "Krisenbewältigung". Gegen diese ständige organisierte Bettelerei im Nadelstreif wird nicht vorgegangen, bestenfalls durch eine "Bankensteuer", die nicht einmal einen Bruchteil des angerichteten Schadens hereinbringt und letztlich auf die Kunden abgewälzt wird, also zum Krenreiben ist.

Dass Betteln in den letzten Jahren immer häufiger geworden ist, hat vor allem damit zu tun, dass die Armut gestiegen ist. Beseitigt man nicht die Armut, wird man auch das Betteln nicht beseitigen. Auch oder gerade nicht das organisierte Betteln, das von Banden geschäftsmäßig betrieben wird.

Aber das Gesetz geht noch weiter: in weiteren Punkten ist auch vorgesehen, dass Menschen, die verwaorlost aussehen, oder Menschen, die den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen verstellen, belangt und bestraft werden sollen. Also Achtung ihr Installateure, Rauchfangkehrer, Tankwarte, Mechaniker oder sonstige Arbeiter, jugendliche verschwitzte Radfahrer, oder demonstrierende Gewerkschafter! Wenn Wien dann noch die 1.000 bis 1.500 von der FPÖVP-Regierung weggenommen Polizisten bekommt, dann wird's

neben den Mist-Watchern, den Park- und Gemeindebauseriffs so richtig sicher in Wien werden. Und leichter: schließlich schicken sich die deutschsprachigen "Gastarbeiter" an, die serbokroatischen und türkischen Minderheiten ein- und zu überholen. Und "deutsch" verstehen sie ja auch? BM Häupl wird sicherlich "wienerisch" vermitteln und Strache die serbisch-kroatisch-bosnische und türkische Minderheit vor der teuschen Minderheitenüberfremdung wahlwerbewirksam schützen. Oder?

Dieses Gesetz - wie auch das Anti-Terror-Gesetz auf Bundesebene, schützt uns weder vor Bettlerbanden, noch vor Bettlern im Nadelstreif, sondern soll vor allem die Herrschenden in Politik und Wirtschaft vor dem zunehmenden Unmut in der Bevölkerung und daraus folgenden allfälligen Protesten schützen.

Wenn die Wiener SPÖ glaubt, mit solchen Maßnahmen und Gesetzen Strache oder sonstigen Rechten das Wasser abzugraben, dann kann der Schuss leicht nach hinten losgehen. Man verliert Sozialkompetenz und Wahlen. Dann werden die Rechten das von der SPÖ durchgezogene Gesetz nicht nur gegen Bettler, sondern gegen alle politisch Andersdenkende einsetzen, wie es ja schon jetzt Frau Stenzl im 1. Bezirk ausprobiert.

ANTI-TERROR-GESETZ

BLOND: ACHTUNG, KEIN WITZ!

Das so genannte Terrorismuspräventionsgesetz, angeblich gegen „Hassprediger“ gerichtet, soll am 1. August 2010 in Österreich in Kraft treten und birgt einigen Sprengstoff in sich.

Justizministerin Bandion-Ortner ist blond – kein Witz! Ab 1. August muss man sich zehnmal überlegen was man sagt. Witze, sofern sie verächtlich sind und anderen zu bösen Ohren kommen sind untersagt – OK – und können zu Gefängnisstrafe führen. Na wui! Was das mit Terrorprävention zu tun hat, sei dahin gestellt. Aber um die geht es angeblich in diesem neuen Gesetz, das wegen seiner massiven Eingriffe in die bislang formal rechtsstaatlich garantierten demokratischen Freiheitsrechte Kritik hervorruft. Der Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk: „Ich halte die Regelung für überzogen.“ Auch der Präsident der österr. Rechtsanwaltskammer (ÖRAK), Gerhard Benn-Ibler, sprach sich dagegen aus: „Rechtsstaatliche Grundsätze werden unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung abermals über Bord geworfen.“ (Presse, 21.4.10).

„Was Terror ist und wo er beginnt, lässt sich leider nicht ganz eindeutig definieren. Macht sich in Zukunft strafbar, wer bei einer Kurden-Demo in Wien mitmarschiert?!“, fragt sogar die konservative „Presse“ und empfiehlt: „Erst denken, dann reden: Diese alte Empfehlung bekommt durch das Gesetz eine strafrechtliche Relevanz.“

Die SPÖ wollte zuerst nicht zu-

stimmen, tat dies dann aber doch. Amnesty International befürchtet, dass auch Demonstranten oder Aktivisten kriminalisiert werden könnten. Also dass die Terrorgesetze gegen unliebsame Profeste der Zivilgesellschaft (dazu zählen auch Profeste von Arbeitern und Angestellten) angewandt werden könnten. „Was ja etwa im Fall des laufenden Prozesses gegen Tierschützer, die nach dem Anti-Mafia-Paragrafen angeklagt wurden, immer wieder kritisiert wird“ (Presse, 19.4.10).

Die Justizministerin hält die Befürchtungen für übertrieben, „so habe man klargelegt, dass die Absicht bestehen müsse, terroristische Straftakte zu verüben. Aber auch bei der Verfolgung von hehren Zielen müssten die Mittel angemessen sein“ (Presse, 19.4.10). Wie angemessen die Mittel sind, zeigte z.B. der BA-WAG-Prozess: Flöttl, Taus, Grasser und Co. sind nach wie vor frei, während Tierschützer angeklagt und mit Gefängnisstrafen bedroht sind. Sehr angemessen!

Selbst der stockbürgerlichen Journaille läuft es da kalt über den Rücken: „Egal, wie sympathisch wir all diese Meinungsäußerungen finden: Man mag sie gesellschaftlich ächten, am Mittagstisch verbieten und in der Redaktion zum Kündigungs-

grund machen – aber gleich Gefängnisstrafe? Das entspricht zwar dem populären Trend zum Ruf nach dem Staatsanwalt und zur Ausweitung der Staatsmacht. Und es ist ja nur ein kleiner Schritt, kein großer Sprung ins Totalitäre. Aber genau deswegen ist es gefährlich: Weil der Verlust der Freiheit immer nur schrittweise passiert, immer einen guten Grund hat, immer als Abwehr gegen einen bösen Feind daherkommt. Daher muss der Protest jetzt schon einsetzen. Wer erst aufstehen möchte, wenn der letzte Schritt gesetzt und die Endstation der Einschränkung der Freiheiten erreicht ist, wird feststellen, dass er das dann gar nicht mehr darf. Vielleicht war es ja ein warnendes Räuspern des Schicksals, dass der gestrige Beschluss ausgerechnet am 20. April gefallen ist, der einer solchen Endstation als Feiertag galt.“ (Presse, 21.4.10).

Und die SPÖ hat dazu nichts zu sagen, stimmt klammheimlich zu? Vor lauter Koalitions- und US-Terrorbekämpfungsräson stimmt man nicht nur ins Konzert der fundamentalistischen „Krieger gegen den Terror“ ein, sondern lässt auch Errungenschaften der ArbeiterInnen und Gewerkschaftsbewegung gleich von Bandion-Ortner mit entsorgen. Na dann: „Hoch der 1. Mai“ – wie lange noch?

BURKA UND VIEL MEHR

VERSCHLEIERUNGSVERBOT

Ablenkung von den kommenden Belastungen und aufgelegter Freistoß für die Rechten.

Die VP-Staatssekretärin und Spitzenkandidatin für die Wien-Wahl, Marek, hat ein Burka-Verbot gefordert und die SP-Frauenspitzen sind drauf gleich aufgesprungen. Was die Rechts-Konservativen in Belgien oder Dänemark bis Frankreichs Sarkozy machen, soll jetzt auch bei uns kommen. Worum geht es? Um, wie Marek selbst sagt, 100 bis 150 (!) Frauen in Österreich. Um die Befreiung der Frau? Gegen den Islam, ja sicher. Deshalb Straches Ju-

bel. Was aber natürlich Strache auch nicht sagt, obwohl er sich doch so „sozial“ gibt, dass das „Verschleierungsverbots-Thema“ von den kommenden Belastungen infolge der Krise der Profitwirtschaft ablenken soll.

Anderer Vorschlag: Wie wäre es statt einem Verschleierungsverbot für 100 Frauen für ein Verschleierungsverbot bei all jenen, die etwa folgendes verschleiert halten wollen: die offiziellen wie

verbotenen Milliardenpekulationen zu Lasten von Milliarden von Menschen auf dieser Erde. Die Hintermänner und Schwarzgeldzahlungen für Rüstungskäufe und Kriegsfinanzierungen. Wie wäre es mit einer Entschleierung der Wirtschaft und ihrer Machenschaften, statt der Erlassung von „Terrorgesetzen“, die die Großen laufen lassen und schon die bloßen Meinungsäußerungen der „Kleinen“ unter Gefängnisstrafe stellen?

DIE UNSCHULDSVERMUTUNG

Nun, es gibt ja jedes Jahr, das Wort des Jahres, z.B. Bankster. Wir wollen diese Idee um eine weitere bereichern, uzv. Um den Satz des Jahres, und der lautet: „**Es gilt die Unschuldsvermutung**“.

Immer mehr Beiträge in den Medien enden mit diesem Stehsatz, um Klagen zu entgehen – von Personen, die z. B. von Waffenkonzernen vom Gericht um dreistellige Euro-Millionen-Beträge quasi freigekauft werden. Gesagt wird der Satz meistens über Personen, die gewaltig „Dreck am Stecken“ haben dürften. Das reicht von einem Waffengrafen einer Ex-Ministerin bis zu einem Ex-Finanzminister einer Kristallfiona. Die „Unschuldsver(sch)mut(z)ung“ grass(i)er(t) sozusagen im buchstäblichen Sinne.

A propos Unschuldsvermutung: Hypoalpekommunalunikreditvolksbankenbawagraffgiebelkreuzteufelerstenochmal, Bankster sind doch auch nur Menschen, und wegen einer

diebischen Elst(n)er sind doch noch lange nicht alle Schafe weiß. Eben! Aber vielleicht geht's gar nicht um Schafe! Hätten die Säue so viel Schwein wie die Säue Schwein haben, sie könnten sich wie die „großen Viecher“ – in der Unschuldsvermutung – sulen. Bekanntlich kommt ein Schwein selten allein: Wer das Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Geld. Soviel zum „gedeihlichen“ Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Schwein.

Was das mit uns zu tun hat? Bekanntlich macht Geld ja nicht glücklich und ist das Glück ein Vogel. Wahrscheinlich denken sich deshalb so viele, dass die da oben einen Vogel haben.

Aber Hauptsache, man beschützt uns vor Unglück und Ortstafeln! Mehr Polizei soll Österreich sicherer machen, unser erarbeitetes Ersparnis vor Langfingern schützen.

Schottermitzl, HaCe und NOErwin sei Dank!

Doch lauert die Gefahr auf der Straße? Gangster aufgepasst. Bankster brauchen gar nicht die Wohnungstür aufbrechen oder über den Gartenzaun zu steigen, sie sind schon drin. Ihr Hintertür – unser Bankkonto. Ganz legal, unter massiven Polizei- und Politikerschutz! Ätsch!

Bank! Räuber! Hilfe! Versichern beruhigt? Die Regierung versichert Industrie und Banken, die Opposition stimmt zu: Eure Spekulationsausfälle zahlen „wir“! Wir? Ja, wir, nicht sie! So werden wir unschuldig zu Schuldner. Wo bleibt da die Unschuldsvermutung? Wir vermuten, sie bleiben sie uns schuldig!

Es würde unsere Aussendung sprengen, wollten wir all die ehrenwerten und unschuldsvermuteten Damen und Herren aus Wirtschaft und Politik hier aufzählen – und dazu ist uns das unschuldige Papier zu schade. (aus GGAE 1-10)

NEUE „SICHERHEITS“-DOKTRIN

ÖSTERREICH: NATO-GESTÜTZT IN DIE EU-ARMEE!

So ändern sich die Zeiten. Galt noch unter Kreisky, dass die Neutralität und Österreich als Platz des Dialoges die Visitenkarte unseres Landes in der Welt sei, so sieht das der heutige ÖVP-Außenminister, Michael Spindelegger, anders: „Unsere Soldaten sind eine Visitenkarte Österreichs in der Welt.“ (Kurier, 3.4.10)

Erinnert sich noch jemand an das Verschweigen, Verschleiern oder zuletzt Schönreden des EU-Vertrages (Lissabon-Vertrag) in den Jahren 2005 und 2008? Der sei ganz unbedeutend für unsere Neutralität. Alles bliebe so wie es ist, nur eben besser. So oder ähnlich lautete die EU-Werbung und die Begründung von Regierung bis Bundespräsident, den Vertrag keiner Volksabstimmung zu unterziehen. Wie so oft kommt das dicke Ende doch – allerdings leise und nicht vor den Bundespräsidentenwahlen.

Außenminister Spindelegger leitet nämlich die Notwendigkeit der neuen Sicherheitsdoktrin u.a. aus dem „immer wichtiger werdenden Auslandsengagement Österreichs und aus dem Lissabon-Vertrag ab: „Es gibt in der EU eine neue faktische Situation. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist ein Schwerpunkt des Lissabon-Vertrages ... Die neue Doktrin geht weit über Verteidigung hinaus (!) ... „Dazu gehören

die Außen- und die Nachbarschaftspolitik sowie die Auslandseinsätze des Bundesheeres.“ Dafür werden – was wir schon seit Jahren berichteten und bei vielen dafür belächelt bis beschimpft wurden – „so genannte **battle groups** (also Kampftruppen, Anm. d. Red.) aufgebaut, an denen auch Österreich mitarbeitet. Auch dem Vorschlag einer EU-Armee sollte sich Österreich nach Spindelegger nicht entziehen: „Für mich bleibt die Frage auf der Agenda. Dies Pläne müssen wir mitberücksichtigen und diskutieren.“ Zudem will der Außenminister unbedingt die NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) in der Sicherheitsdoktrin haben. Auch „über eine NATO-Mitgliedschaft will Spindelegger reden können“. (Kurier, 3.4.10).

Bundesheer-Generalstabschef Edmund Entacher sagt im Zusammenhang mit der neuen österr. Sicherheitsdoktrin, dass „die NATO der Werkzeugkas-

ten ist, aus dem sich die EU bedient – inklusive jenes Beitrages, den die Nicht-NATO-Mitglieder der EU leisten.“ Die Neutralität bezeichnet er als „anlassbezogen“, also im Klartext nicht mehr als immerwährend und bei der vorgeworfenen NATO-Nähe der österr. Sicherheitsdoktrin gehe es nur um „Fachbegriffe“. Auch die praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit angestrebte Teilnahme Österreichs an einer EU-Raketenabwehr wird technisch begründet: „... Radarketten – zivile wie militärische – werden nach und nach zumindest kompatibel sein. Selbst wenn wir uns in nächster Zeit nicht in den Datenaustausch einklinken wollen, muss er vernünftigerweise technisch möglich sein.“ (Zitate: „Wiener Zeitung 13./14.3.10).

Alles in allem eine höchst gefährliche Drohung für die Sicherheit und Neutralität unseres Landes! Mit Zustimmung, ja unter Kommandoführung von SP-Minister Darabos.



proSV - Plattform

Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung
<http://prosv.akis.at>

ZAHLENSPIELE IN DER MEDIZIN

Am 20. April fand in der Wiener Hauptbibliothek eine interessante Diskussion über die Rolle und die Interessen der Medizin statt.

Claudia Wild (Direktorin des Ludwig Boltzmann Instituts für Health Technology Assessment), und Brigitte Piso (Ressortleiterin am Ludwig Boltzmann

Inst. f. Health Technology Assessment), haben das gleichnamige Buch geschrieben. Inhalt: Wie die Medizin mit Zahlen jongliert und damit gute Geschäfte macht: Mit der Angst steigt der Glaube an die Allmacht der Medizin und mit ihm die Umsätze. Die AutorInnen analysieren unterschiedliche Beispiele, die uns alle betreffen: Operationsmethoden, die von den Spitälern und Krankenkassen bezahlt werden, obwohl die Studienlage noch recht „dünn“ ist; Vorsorgeuntersuchungen, deren Nutzen umstritten ist, die aber nichtsdestotrotz großflächig eingesetzt werden; negative Studienergebnisse, die nicht publiziert werden, und positive, die dank massiver PR breite Öffentlichkeit finden. Nicht alles, was von der Medizinindustrie als Fortschritt präsentiert wird, ist auch einer. Jüngste Beispiele waren die so genannte „Schweinegrippe“ und davor die „Vogelgrippe“ oder „SARS“.

Claudia Wild, Brigitte Piso (Hrsg.): *Zahlenspiele in der Medizin. Eine kritische Analyse*
<http://www.buechereien.wien.at/de/programm/veranstaltungskalender/627>



SOZIALMINISTERIUM

KEIN INTERESSE AN BILLIGERER PFLEGE?

Im Zusammenhang mit der Pflegemisere sagte zuletzt der nunmehr von Sozialminister Hundsdorfer geschasste Ombudsman, Werner Vogt, im „Profil“, dass das an die Wand malen von z.B. 800.000 Pflegenotständen bewusst erzeugt wird, um ökonomische Interessen zu befriedigen. Es gäbe auch billigere und schnell umzusetzende Möglichkeiten in diesem Bereich, die im Zuge seiner Tätigkeit als Pflegeombudsman in Pilotprojekten erfolgreich und zur Zufriedenheit der Beteiligten getestet wurden. Lapidarer Kommentar von Vogt zum Ende seiner Tätigkeit unter Sozialminister Hundstorfer: der habe kein Interesse mehr daran gehabt.



PHARMAINDUSTRIE

GESUNDE WIRTSCHAFT

Dass „Gesundheitsreformen“ her müssen, das wird überall diskutiert und gar nicht mehr in Frage gestellt. Vor allem dann, wenn damit die Propaganda einher geht, dass wir uns das Gesundheitssystem nicht mehr leisten können. Damit wir uns das Gesundheitssystem leisten können, sollen wir uns die Pharmaindustrie leisten. Das heißt bei uns wie in den USA, wo ja gerade die Gesundheitsreform aller Zeiten durchgegangen sein soll, dass an den Profitten der Pillendreherbranche nicht gerüttelt werden darf. In Österreich werden trotz aller Geldnöte die Pharmakonzerne mit Samthandschuhen angefasst. In den USA ist die Pharmaindustrie so „arm“, dass sie sich folgendes leisten kann: **„In den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 hat die Pharmaindustrie rund 609.000 US-Dollar täglich zur Beeinflussung der Gesetzgeber aufgewendet“** (TIME, 2.11.09).



ÄRZTLICHE DIAGNOSE

KRANKENKASSEN WERDEN GENEPPPT

Was Beschäftigte und BetriebsrätInnen der Krankenkassen oder die Plattform proSV schon immer sagten, kommt jetzt ans Tageslicht einer breiteren Öffentlichkeit: weil die Ärzte um ihre Honorarerhöhungen bangen, rücken auch sie mit der Wahrheit heraus: Der Staat plündert die Kassen für's Budget, und das seit der schwarz-blauen Regierung. So wurde allen neun Gebietskrankenkassen gesamt für Leistungen, für die sie nicht zuständig sind (Wochengeld, Arbeitslosenkrankengeld, Rezeptgebühr-Obergrenze), allein im Jahr 2009 180,4 Millionen Euro (!) verrechnet. (Presse, 16.4.10).

BAUER SUCHT STEUER?

Nicht wirklich. Auch nicht der Finanzminister, obwohl er jeden Cent brauchen könnte. Die AK kritisiert, dass die Einkommensteuer (ESt.) in der Landwirtschaft über den Weg der Pauschalierung „praktisch ausgeschaltet“ wurde (zuletzt 1988 angepasste Einheitswerte). Diese ESt. bringt dem Finanzminister an die 35 Mio. Euro im Jahr, was lt. ÖSTAT einem durchschnittlichen ESt.-Satz von ca. 2% entspricht! Zudem liegen die Gesamtsubventionen (von EU, Bund, Ländern) mit 2,2 Mrd. Euro deutlich über den agrarischen Selbstständigeneinkommen (1,7 Mrd. Euro). „Der giebelkreuzaffine Finanzminister will aber gar nicht mehr: Eine eigentlich anstehende Anpassung der landwirtschaftlichen Einheitswerte wurde soeben auf St. Nimmerlein vertagt“, schreibt die „Presse“ (1.4.10).

Von der Interessenpolitik des Finanzministers könnten SP und Gewerkschaften lernen.

LESERBRIEFE:

Bankensteuer?

Was sagt ihr zur Bankensteuer, das zahlen wieder alles wir. Ich war enttäuscht, als ich die TV-Sendung TALK OF TOWN sah. Andreas Schieder meinte das wird nicht auf Kunden überwältigt und die Konkurrenz und der Markt regelt alles. Es ist ja unglaublich, dass ein Sozialdemokrat auf den Markt vertraut. Nun, Raiffeisen erhöhte schon ab 1.4.2010 die Kontoführungsgebühr um 10% und Überweisungen um 20% !!! Wenn man zu Gute hält das mehr Freizeilen vorgesehen sind, aber die Abrechnung monatlich erfolgt (nicht pro Quatal), ist das eine reale Belastung von 12-15% für den Kunden - im günstigsten Fall. Alle anderen Banken werden sicher nachziehen. Das ist sicher nur der Auftakt für Steuererhöhungen im großen Maße: Treibstoff, Zigaretten, Mehrwertsteuer usw - weil ja die Banken auch zahlen!? Nur die Verursacher und Profiteure werden kaum zur Kasse gebeten! Warum greift man nicht die Vorschläge von Gen. Foglar (ÖGB-Präsident) auf? Gruppenbesteuerung, Vermögenssteuer, Spekulationssteuer, Bonibesteuerung wären zu überdenken. **B. F. Wien**

Korruption

BK Faymann: "Ich bin für die restlose Aufklärung aller Korruptionsvorwürfe durch die Justiz." JUSTIZ-Min. B.O.: "Es ist nicht Aufgabe des Kanzlers, einzelne Justizverfahren zu kommentieren."

So, was Sie nicht sagen! Ich - und viele andere - erinnern uns noch sehr gut daran, als kürzlich in einer ORF- Gesprächsrunde über den Niedergang der österr. Justiz diskutiert wurde und Franz Fiedler (ehemaliger Rechnungshofpräsident, Anm. d. Red.) kein gutes Haar an ihr ließ. Seine Einschätzung bestätigt

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift

"Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 - 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

102/10

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

sich auch hier. Ganz Österreich weiß, dass Sie für die ÖVP im Ministerium sitzen. Ganz Österreich weiß, dass die Justiz zur Schonung gewisser Leute neigt, die dieser Partei nahe stehen.

Ganz Österreich weiß, dass es hier massive Seilschaften gibt (siehe etwa die "Strasser-Mails"). Ganz Österreich weiß, dass Mensdorff-Pouilly der Gatte einer ÖVP-Exministerin ist. Ganz Österreich weiß, dass der Waffen-Lobbyist M.P. in London NICHT freigesprochen wurde, sondern nur durch einen "Deal" seines Rüstungskonzerns mit der engl. Justiz freikam. Ganz Europa ist darüber empört. Ganz Österreich ist daher über Ihre Maßregelung erzürnt. Ganz Österreich weiß, dass das Ihrer Reputation ganz und gar nicht gut tut! Ganz Österreich weiß, dass Sie von Staatsgeldern bezahlt werden. Ganz Österreich erwartet daher von Ihnen, dass Sie deshalb auch zügig Ihre Arbeit machen: für die RES PUBLICA!
E. F. (per E.-mail)

NICHT GENUG SUPERREICHE?

Sehr geehrter Herr Vizekanzler und Finanzminister PRÖLL, im Nationalrat haben Sie gesagt: „Österreich hat nicht genug Superreiche“ um den von Ihnen an den Rand des Abgrunds manövrierten Staatshaushalt zu retten. Gerne lade ich Sie ein, mit mir auf die Suche nach den nötigen Milliarden zu gehen ... Während die ersten 10% der Österreicher über etwa 70% der Vermögen verfügen, haben die restlichen 90% der Bevölkerung nicht einmal ein Drittel! ... Ist es deshalb nicht naheliegend einen kleinen Solidarbeitrag zur Rettung des Staats von denjenigen zu erwarten, deren Vermögen erst unlängst durch die milliardenteuren Banken-Reichenrettungspakete vor dem Untergang bewahrt worden sind? Ich schlage zur Konsolidierung des angeschlagenen Staatshaushalts eine einmalige 1%ige Solidarabgabe der reichsten 10% Österreichs vor. Rechnen wir, Herr Finanzminister Pröll, einmal nach, was diese kleine Solidarabgabe bringen könnte: 3,18 Mrd. vom ersten Prozent, 3,26 Mrd. von den nächsten 9%, macht zusammen 6,44 Mrd. Euro! (Quelle: Synthesis-Studie aus dem Jahr 2002, S 16).

P.S.: Herr Bundeskanzler, als Chef in der Regierung können Sie Ihrem Vize doch jetzt sagen, dass er das machen soll, nicht? Ich glaub damit wäre Österreich vorerst gerettet und



Sie hätten für Ihre Wiederwahl beinahe ebenso gute Chancen wie der Herr Bundespräsident bei seiner. Würden die Menschen verstehen wie unser Geldsystem funktioniert, hätten wir eine Revolution - und zwar schon morgen früh.

J.F., Wien

P.S.K.

00079348267

W. Leisch

600000

P.S.K.

00079348267

W. Leisch

600000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

004

40+